

Von: [Frei Thorsten](#)
An: antwort@rentenpolitikwatch.de
Cc: [Reiner Heyse](#)
Thema: AW: mit Erläuterung - RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort
Datum: Mittwoch, 27. April 2016 15:45:27
Anlagen: _____

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für Ihre über das Forum Rentenpolitik-Watch übersandten Fragen bzw. Positionen, auf die ich im Folgenden gern eingehe.

Als CDU setzen wir uns dafür ein, dass die Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, im Alter nicht in Armut leben müssen. Gleichzeitig orientieren wir uns aber auch an der Realität, die vor allem vom demografischen Wandel bestimmt wird. Klar ist, dass wir eine große Rentenreform brauchen, um das System für die Zukunft tragfähig zu machen. Unser Ziel ist es, dass unser bewährtes System auch in Zukunft Bestand hat, sich die Menschen auf die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung verlassen können und dass die Beiträge einigermaßen stabil bleiben. Daher gilt es, in den kommenden Wochen und Monaten die Lage ausführlich zu analysieren. Klar ist aber auch, dass der demografische Wandel keinen seriösen Spielraum für eine Erhöhung des Rentenniveaus über den gesetzlich vereinbarten Entwicklungspfad hinaus zulässt und dass die gesetzliche Säule allein nicht mehr die Versorgung im Alter sicherstellen können.

Schnellschüsse wie die Forderung nach einer Anhebung des Rentenniveaus auf über 50 Prozent erachte ich als ordnungspolitisch falsch. Ihnen erteile ich eine klare Absage. Nach der auf Wunsch der SPD eingeführten Rente mit 63, die uns allein bis 2018 über 13 Milliarden Euro kostet, wäre ein solches Vorhaben der nächste Sündenfall. Das bestehende System wird ohnehin schon pro Jahr mit mehr als 90 Mrd. EUR für Rentenkasse und Grundsicherung im Alter aus Steuerzahlermitteln gestützt wird. Der neuerliche Vorschlag würde das System auf Dauer destabilisieren – einzig und allein auf Kosten der künftigen Generationen.

Es sei auch der Hinweis erlaubt, dass sich allein die Rentenbezugsdauer seit dem Ende des zweiten Weltkriegs nahezu verdoppelt hat. Darüber hinaus arbeiten immer mehr Menschen in Teilzeit und können deshalb weniger in die Rentenkasse einzahlen. In Summe gibt es immer weniger Beitragszahler und parallel dazu immer mehr Rentenbezieher. Während heute der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung bei etwa einem Drittel liegt, wird er in Zukunft auf über zwei Drittel steigen. Deswegen braucht es Reformen, die sich am demographischen Wandel und der neuen Lebenswirklichkeit orientieren.

Ein Ansatzpunkt an dem wir nicht vorbeikommen, ist die Kopplung des Renteneintrittsalters an die immer weiter steigende Lebenserwartung. Dieses sollte nicht starr gewählt werden. Es gibt aber Berechnungen, die zeigen, dass von 2034 an selbst ein Renteneintrittsalter von 70 Jahren nicht ausreicht, um den Rentenversicherungsbeitrag konstant zu halten. Selbst wenn das Rentenniveau bis 2030 auf lediglich 43,5 Prozent sinken sollte, würde der Beitragssatz von 2040 an vermutlich auch bei einem Rentenalter von 70 Jahren über das heutige Niveau steigen.

Ließe man das Renteneintrittsalter konstant, bliebe noch die zweite Stellschraube – der Beitrag. Um das Rentenniveau konstant zu halten, müsste dieser im Jahr 2030 auf 24 Prozent und im Jahr 2050 auf 29 Prozent steigen. Mit Blick auf die Abgabenlast heute, wäre so ein Anstieg, der ja auch in der GKV und der PKV zu erwarten wäre, unverantwortlich.

Zielführender erscheinen mir in diesem Sinne die bereits gemachten Vorschläge, in Ergänzung zur gesetzlichen Rente die betriebliche und die private Vorsorge zu stärken. Ganz sicher auch verpflichtend. Und natürlich muss auch darüber nachgedacht werden, die Einnahmenbasis auszuweiten. Es gibt gute Vorschläge und viel Beratungsbedarf. Entscheidungen auf die Schnelle zu treffen, erachte ich als unseriös. Das gilt erst recht für Vorschläge, die den Generationenvertrag, auf dem unser bewährtes System fußt, vernichten wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Thorsten Frei

Thorsten Frei MdB

CDU-/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

T: +49 30 227 73972
F: +49 30 227 76972
E: thorsten.frei@bundestag.de
W: thorsten-frei.de

Kurz und persönlich berichtet Thorsten Frei in seinem Newsletter „FreiBrief aus Berlin“ von den Sitzungswochen im Deutschen Bundestag sowie seiner Arbeit im Wahlkreis.
[Hier können Sie sich anmelden.](#)

Von: Reiner Heyse [mailto:reiner.heyse@t-online.de]
Gesendet: Montag, 11. April 2016 10:41
An: Frei Thorsten <thorsten.frei@bundestag.de>
Betreff: mit Erläuterung - RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort

Herr Thorsten Frei
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Betrifft: Bitte um Auskunft über Ihre rentenpolitischen Ziele

Sehr geehrter Herr Frei,

Sie sind Abgeordneter des Bundestages bzw. kandidieren zur Bundestagswahl im Herbst 2017.

Ein immer dringender werdendes Problem, das bundespolitisch zu lösen ist, wird die Abwehr von millionenfacher Altersarmut bzw. die Verhinderung der Lebensstandardsenkung für alle heutigen und zukünftigen RentnerInnen sein. Diese Problematik betrifft weit über 90% der Bevölkerung in unserem Land. Es handelt sich also keinesfalls um ein Randproblem.

Um hier Transparenz über die Positionen der Abgeordneten bzw. KandidatInnen zum Bundestag herzustellen und den WählerInnen Entscheidungshilfe zu geben, richten wir die folgenden Fragen an Sie.

Ihre Antworten, oder auch Nichtantworten, werden wir über das Internetportal

www.rentenpolitikwatch.de

veröffentlichen. Folgende Fragen stellen wir Ihnen (es folgt ein kurzgefasster Überblick – eine ausführlichere Erläuterung zu den Fragen erfolgt im Anhang):

1. **Lebensstandard im Alter sichern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?
2. **Altersarmut verhindern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?
3. **Erwerbstätigenversicherung:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?
4. **Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken:** Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der gRV umgeleitet werden?
5. **Rentenpolitische Fehler korrigieren:** Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung